

8. Landesparteitag der PDS Thüringen
1. Tagung, 27. / 28. 11. 2004

Jetzt das Jahr 2006 in den Blick nehmen

(mit 1 Stimmenthaltung angenommen)

1. Ausgangslage

Die große Koalition des Sozialkaahlschlages in Land und Bund, bestehend aus SPD, Grünen, CDU, CSU und FDP, ist auf dem Weg, mit aus ihrer Sicht „alternativlosen Reformen“ das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes endgültig aufzukündigen. Dies kann und wird es mit der PDS nicht geben. Mit unserem gewachsenen politischen Einfluss stehen wir bei den Wählerinnen und Wählern im Wort, entschieden für einen politischen Richtungswechsel, für mehr soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung einzutreten. Entsprechend unserer Wahlaussagen werden wir uns auf die Bereiche **Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Sozial- und Gesundheitspolitik, Bildungspolitik** sowie **Kommunalpolitik** konzentrieren. Der rote Faden unserer Politik bleibt **Mehr Demokratie**.

Die PDS Thüringen verbindet dabei die prinzipielle Kritik und Auseinandersetzung zur vorherrschenden Politik und den kapitalistischen Verhältnissen mit konkreten und mehrheitlichen politischen Willen vorausgesetzt machbaren Alternativen zum Kurs des Sozialraubs. Unsere Alternative ist die Agenda Sozial, die wir weiter entwickeln. In diesem Sinne werden wir als Partei und in den Bündnissen, in denen wir mitarbeiten, auf die inhaltliche Konkretisierung von Alternativen hinwirken. Als wertvolle Diskussionsansätze werden wir unsere Vorschläge für eine solidarische Bürgerversicherung und Rentenreform, für eine soziale Grundsicherung, zur **Reform des Steuersystems**, für einen tariflich gestalteten öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, zur Einführung von Mindestlöhnen, die Verlagerung von Wirtschaftsfördermitteln zu Gunsten kleiner Unternehmen sowie eine Sozial- und Kulturpauschale noch stärker ins öffentliche Gespräch bringen.

Die PDS Thüringen konnte bei den Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen im Juni 2004 einen deutlichen Stimmenzuwachs erreichen. Sie hat ihre Position als zweitstärkste politische Kraft im Land ausgebaut und wurde auf kommunaler Ebene vielfach stärkste beziehungsweise zweitstärkste Partei. Andererseits konnte die CDU im Land wenn auch knapp ihre absolute Mehrheit verteidigen. Bei gleichzeitiger bedingungsloser Unterstützung des Schröder-Kurses durch die Thüringer SPD ist klar: CDU und SPD treiben in Thüringen neoliberale Politik weiter voran. Damit wird sich unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen die soziale Situation vieler Menschen weiter verschlechtern. Diese Politik zerstört Rahmenbedingungen für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie ist nicht willens und in der Lage, dringend notwendige Veränderungen im Bereich der Bildung sowie in Richtung mehr demokratischer Mitgestaltungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und einer durchgreifenden Entbürokratisierung einzuleiten. Gleichzeitig beschreitet die Bundesrepublik den Weg zu einer

offensiveren Außenpolitik, wollen die herrschenden Kräfte in unserem Land weltweit mitmischen, wird die Bundeswehr zu einer Interventionsarmee umgebaut.

Die PDS unterstützt den Protest und Widerstand der vom Sozialabbau Betroffenen und unterbreitet zugleich Vorschläge für eine sozial gerechte und unter breiter demokratischer Beteiligung der Menschen entwickelte Umgestaltung der Gesellschaft. Das kann nur in enger Verbindung von Bundes-, Landes-, und Kommunalpolitik geleistet werden.

Wir wollen mit unseren Politikangeboten in Thüringen zugleich einen wesentlichen Beitrag für den **Wiedereinzug der PDS in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag im Jahr 2006** leisten. Die Oberbürgermeister-, Bürgermeister- und Landratswahlen im gleichen Jahr stellen für die PDS Thüringen eine wichtige Herausforderung dar. Wir wollen möglichst viele Kandidatinnen und Kandidaten für diese Wahlen gewinnen und unsere Ergebnisse weiter ausbauen. Es ist Aufgabe des gesamten Landesverbandes insbesondere die im Amt befindlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit PDS-Mandat wirksam bei den Kampagnen zu ihrer Wiederwahl zu unterstützen.

Nach den Wahlerfolgen von NPD und DVU in Sachsen und Brandenburg wird sich die PDS Thüringen mit aller Kraft und allen zur Verfügung stehenden Bündnispartnern gegen zunehmend aufkeimendes rechtsradikalen Gedankengut einsetzen. Dazu suchen wir verstärkt die öffentliche Aufklärung und Auseinandersetzung.

2. Entwicklung der inhaltlichen konzeptionellen Arbeit

In den aktuellen Auseinandersetzungen zur Agenda 2010 der Bundesregierung und besonders zu Hartz IV artikulieren und formieren sich Gegenkräfte zu dieser Politik zunehmend. Zugleich wird die veröffentlichte Meinung auch weiterhin von jenen beherrscht, die, wie Bundesregierung, konservative Opposition und Unternehmerverbände, den eingeschlagenen Kurs als alternativlos darstellen und ihn zum Teil sogar noch erheblich verschärfen wollen. Sie begründen mit dem ständigen Hinweis auf den Wirtschaftsstandort Deutschland und dessen Wettbewerbsfähigkeit, dass wir erst am Beginn des von ihnen eingeleiteten Angriffs auf den Sozialstaat stehen. „Hartz IV“ verfolgt weit über seine unmittelbaren Folgen hinaus das Ziel, im ganzen Land die **Löhne entschieden und dauerhaft zu senken und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern langfristig erheblich einzuschränken**. Die **Sozialpflicht des Eigentums** soll aufgehoben werden. Ob es den Gegenkräften gelingt, diesem Kurs Einhalt zu gebieten, ist offen. Nicht offen ist hingegen: **Die PDS begreift sich als Teil dieser Gegenkräfte**. Sie hält an ihrem **Ziel einer gerechten und solidarischen Gesellschaft fest** und ist deshalb herausgefordert, **dauerhafte Kompetenz** für einen **sozial gerechten Umbau** der Gesellschaft zu entwickeln und zu kommunizieren.

Daraus ergeben sich für den Landesverband bis 2006 vor allem folgende Aufgaben:

- Realisierung des Landtagswahlprogramms

Termin: laufend
Verantwortlich: GfV/Fraktionsvorstand

- Realisierung des Landtagswahlprogramm in parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten. Dazu treffen Landesvorstand und Landtagsfraktion in ihren Arbeitsplänen entsprechende Festlegungen. In Abstimmung mit dem Parteivorstand, den Landesverbänden der

PDS (vor allem den ostdeutschen) sowie den Landtagsfraktionen der PDS, den Mitgliedern der PDS im Deutschen Bundestag und den Mitgliedern der Gruppe der PDS im Europaparlament ist stets der Zusammenhang zur Bundes- und Europapolitik und speziell zur übergreifenden Situation in Ostdeutschland herzustellen. Wo möglich und sinnvoll, sind länderübergreifende Aktivitäten zu entwickeln, die unseren bundespolitischen Anspruch unterstreichen.

Termin: Januar 2005 (Vorlage der Arbeitspläne)
Verantwortlich: Landesvorstand/Landtagsfraktion

- Weiterentwicklung des Konzepts der Öffentlichkeitsarbeit sowie zu den Kampagnen.

Termin: Januar 2005
Verantwortlich: GfV/Fraktionsvorstand

- Die Ergebnisse bei der Realisierung des Landtagswahlprogramms werden erstmals im Oktober 2005 auf einem Parteitag ausgewertet, der zugleich Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit festlegt. Der Landesvorstand bewertet in diesem Zusammenhang zugleich die Arbeit der Mitglieder der PDS Landtagsfraktion.

Bildung eines „wissenschaftlichen Beirates“ (extern und PDS) mit dem Ziel, die Umsetzung des Landtagswahlprogramms zu begleiten, unsere inhaltlichen Positionen weiterzuentwickeln und längerfristig einen alternativen Entwicklungsplan für Thüringen zu erarbeiten (Arbeitstitel: Demokratischer und sozialer Lebensort Thüringen).

Termin: Juni 2005 (bis dahin Konstituierung und erste Arbeitsergebnisse)
Verantwortlich: Landesvorstand

- Erneute „Gesprächsoffensive“ mit Gewerkschaften, dem Thüringer Sozialforum, Vereinen, Verbänden, Bürgerinitiativen, Kirchen, um darüber zu beraten, wie zukünftig der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft erhalten werden kann. Meinungen, Erfahrungen, Erwartungen etc. der Gesprächspartner werden in einem Arbeitsmaterial „Sozialer Zusammenhalt“ ausgewertet. Die Ergebnisse fließen in Entwicklung unserer politischen Positionen und die Erarbeitung der Wahlstrategie ein.

Termin: 1. Halbjahr 2005
Verantwortlich: Landesvorstand/Gebietsvorstände

- Erarbeitung einer Wahlstrategie des Landesverbandes für die Bundestagswahlen 2006 mit dem Ziel der Bündelung aller Potentiale der Gebietsverbände, des Landesvorstandes und der Mitglieder der Landtagsfraktion für einen erfolgreichen Beitrag der PDS Thüringen zum Wiedereinzug in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag.

Termin: entsprechend den Festlegungen des Parteivorstandes
Verantwortlich: Landesvorstand

- Bildung eines Personalpools zur Vorbereitung der Landesliste zur Bundestagswahl 2006 in Absprache mit den Gebietsverbänden und in Konsultation mit dem Parteivorstand.

- Unterstützung der Gebietsverbände bei der Auswahl und Vorbereitung von Kandidatinnen und Kandidaten zu den Oberbürgermeister-, Bürgermeister- und Landratswahlen.

Termin: Jahreswende 2005/2006
Verantwortlich: Landesvorstand

3. Weitere Erneuerung des Landesverbandes

Für die Entwicklung unseres Landesverbandes sind auch weiterhin die soziale Verankerung der PDS in der Gesellschaft sowie die umfassende Einbeziehung der Mitglieder in die Politik- und Strategieentwicklung wichtigste Voraussetzung für seine politische Wirksamkeit. Das Engagement der rund 8 500 Mitglieder unseres Landesverbandes kann gerade nach den Wahlerfolgen dieses Jahres nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dennoch können wir nicht übersehen, dass die derzeitige Struktur unserer Mitgliedschaft die soziale Verankerung in der Gesellschaft und damit auch die Beteiligung an der politischen Willensbildung innerhalb der Partei zunehmend erschwert.

Deutlicher wollen wir auch den Charakter der PDS als eine Partei für den Alltag, einer Partei zum Mitmachen und Mitdenken ausprägen. Dies tun wir durch eine hohe Sensibilität für die Probleme der Menschen, durch konkrete Projekte und Hilfsangebote, aber auch durch die Stärkung der Entscheidungsmöglichkeiten der Mitglieder. Die Strukturen unserer Arbeit und die Kommunikationsangebote müssen zunehmend so gestaltet werden, dass sie zur Mitarbeit einladen und vielfältigen Interessen Anockmöglichkeiten bieten.

Die PDS als **Mitgliederpartei** zu erhalten sowie entsprechend unseres Prinzips der „**Partei von unten**“ weiter zu entwickeln, bedeutet neue Formen der politischen Arbeit zu gestalten. Im Wahlkampf dieses Jahres haben wir in dieser Richtung wichtige Akzente gesetzt. Wir haben PDS-Politik auf Schwerpunkte konzentriert. Unsere politischen Angebote wurden personalisiert und wir haben in Zusammenarbeit mit der Agentur „haben & wollen“ eine interessante und damit wirksame Öffentlichkeits- und Kampagnenstrategie entwickelt und realisiert. Auf diesem Weg konnten wir unser politisches Profil schärfen, an Glaubwürdigkeit gewinnen und Mitglieder wie Sympathisantinnen und Sympathisanten und schließlich auch Wählerinnen und Wähler motivieren.

Es bleibt deshalb dabei: **Öffentliche Foren und Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung unserer Positionen und Vorschläge müssen zur Hauptform der Parteiarbeit werden.** Nur so wird es uns gelingen, Menschen direkt oder über Medien anzusprechen und insbesondere Auszubildende, Berufstätige oder Arbeitslose zur Mitarbeit anzuregen oder für eine Mitgliedschaft in der PDS zu gewinnen.

Der Landesverband unterstützt weiterhin die Arbeit der landesweiten PDS-Jugendstruktur [`solid] und die regionalen in der PDS organisierten Jugendgruppen.

Die Förderung der politischen Bildung der Landesjugend ist uns ein wichtiger Aspekt des zukunftsorientierten Agierens. In diesem Sinne und zur besseren Vernetzung hält der Landesverband an der Stelle des Jugendreferenten fest und befürwortet ausdrücklich die Zusammenarbeit der regionalen Jugendgruppen mit dem Landesverband von [`solid] und dem neuen Erfurter Jugendwahlkreisbüro „RedRoXX“ der jungen Landtagsabgeordneten Susanne Hennig und Matthias Bärwolff. Politische Kampagnen und Veranstaltungen der Jugendverbände werden als Teil des Jugendwahlkampfes und der Neumitgliedergewinnung gegebenenfalls besonders unterstützt. Durch die Einbeziehung der Jugend in die PDS-Landesgremien erhoffen wir uns eine langfristige Erhaltung und Erneuerung der PDS.

Daraus ergeben sich für den Landesverband bis 2006 vor allem folgende Aufgaben:

- Wir werden unser **politisches Profil schärfen**, indem wir uns auf eine eigenständige linkssozialistische Politik konzentrieren. Dabei stehen wir in Auseinandersetzung sowohl mit SPD und Grünen wie auch mit CDU/CSU auf der Bundes- wie der Landesebene. Sie haben den Kurs des Sozialraubbbaus und der Demontage des Sozialstaates gemeinsam beschlossen und setzen ihn gemeinsam um. Die Frage, wer von ihnen 2006 in Berlin regiert, ist daher für uns nicht die **entscheidende** Frage. Es geht vielmehr um die Stärkung der Position all jener, die einen **politischen Richtungswechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit** wollen.

Vor diesem Hintergrund sind sämtliche Arbeitsstrukturen des Landesverbandes auf Zukunftsfähigkeit, Offenheit, demokratische Verankerung und Effektivität zu überprüfen und zu bewerten. Der Landesvorstand wird gemeinsam mit den IG/AG und in Konsultation mit der Landtagsfraktion und den Gebietsverbänden über notwendige Veränderungen beraten und entsprechende Vorschläge für eine neue Struktur unterbreiten.

Termin: bis Mai 2005
Verantwortlich: Landesvorstand

- Beim Landesvorstand wird ein „Büro für Öffentlichkeitsarbeit“ gebildet (Pool der ÖffentlichkeitsarbeiterInnen auf der Landesebene), um die Arbeit zu koordinieren, Kampagnen zu begleiten und das Wahlbüro zu unterstützen.

Termin: Januar 2005
Verantwortlich: GfV/Mitarbeiter Öffentlichkeitsarbeit

- Die Mitgliedergewinnung und Personalentwicklung müssen in der Arbeit des Landesvorstandes sowie der Gebietsvorstände einen größeren Stellenwert erhalten. Der Landesvorstand bildet dazu in Abstimmung mit Gebietsverbänden eine Arbeitsgruppe, die sich insbesondere mit der perspektivischen Arbeitsfähigkeit der Gremien des Landesverbandes und der Gebietsverbände sowie mit der Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Vorstandsmitglieder aller Ebenen entsprechend der politischen Schwerpunkte und der Festlegungen dieses Beschlusses befassen und entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Termin: bis April 2005
Verantwortlich: GfV für Vorschlag

Abschließende Festlegungen:

- Über die Realisierung des Beschlusses wird entsprechend den gestellten Terminen im Landesvorstand berichtet.

Verantwortlich: GfV

- Auf der nächsten Tagung des Parteitages erfolgt durch den Landesvorstand ein Zwischenbericht zur Realisierung, der ggf. Änderungsvorschläge und Präzisierungen enthält.

Verantwortlich: Landesvorstand